

Stellungnahme zu meiner Nichtwiederwahl/Kündigung als Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH



Am Tag, als meine bevorstehende Nichtwiederwahl vom (Aufsichts)Rat an die Presse durchgestochen wurde und ich davon ausgehen musste, dass die Presse auch Kenntnis über Verleumdungen hatte, die mir als Gerüchte zugetragen worden waren, sah ich mich gezwungen, der Presse zuvor zu kommen und ein langes, differenziertes Interview zu geben, in dem ich u.a. meiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass auch Misogynie und Homophobie eine Rolle gespielt hatten.

Dieser eine Satz wurde am nächsten Tag zum Mittelpunkt der Berichterstattung des Soester Anzeigers und der Bürgermeister behauptete dort, dass sämtliche Beteiligte sich in der Vergangenheit um eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit mir bemüht hätten und ich diesen Pfad aber nun verlassen hätte.

Tatsächlich hat sich der Bürgermeister von Beginn meiner Amtszeit an nie um eine konstruktive Zusammenarbeit bemüht: Es gab kein Pressefoto zur Begrüßung, kein persönliches Kennenlernetreffen und Termine nur in großen Zeitabständen und fast immer in einem Setting, das keinerlei persönliche Kontakte zuließ. Heute weiß ich, dass er fieberhaft nach Belastendem suchte, mit dem er meine Abberufung, aber mindestens meine Nichtwiederwahl durchsetzen konnte. Aber trotz der extremen Arbeitsbelastung, unter der ich arbeitete und der vielen Fäden, die bei mir zusammenliefen, machte ich keine Fehler und der Bürgermeister fand NICHTS! Da war er offenkundig bereit, Belastendes zu erfinden.

Hier nur 3 Beispiele:

Lüge 1: Ich spräche mich nicht ab

Vor dem Hintergrund der Umbettung sowjetischer Kriegstoter, die bei der Sanierung der Adam-Kaserne gefunden wurden, ließ der Bürgermeister vortragen: Prof. Dr. Dobberstein „hat hier, ohne dies mit dem Bürgermeister der Stadt Soest abzustimmen, Kontakt mit der russischen Botschaft aufgenommen, was für die Bezirksregierung Arnsberg nachvollziehbarer Anlass war, den Bürgermeister der Stadt Soest mit Schreiben vom 23.10.2018 an die Einhaltung des Dienstweges zu erinnern.“

Tatsächlich gibt es einen Email-Verkehr, der beweist, dass ich mitnichten ohne vorgängige Absprache mit dem Bürgermeister an die russische Botschaft herangetreten bin. Dass ich mit der russischen Botschaft kommunizierte, geschah gegen meinen erklärten Willen auf ausdrückliche Anweisung des Bürgermeisters, der dabei die gesetzlichen Zuständigkeiten und den Dienstweg ignorierte. Selbst nach der Beschwerde der Bezirksregierung durfte ich diese Aufgabe nicht abgeben. Auch das beweist der Emailverkehr.

Lüge 2: Mein Umgangston mit Unternehmen und Institutionen sei unangemessen

Dieser Vorwurf wird begründet auf der Basis eines einzigen Zeitungsartikels über die Überlegung, ein privates Museum ins Dachgeschoss zu verlagern, um seinen Fortbestand zu sichern.

Das in dem Zeitungsartikel suggerierte Interview hatte ich dem Soester Anzeiger tatsächlich allerdings nie gegeben, es war eine Erfindung des Soester Anzeigers, abgeleitet aus einem mehrseitigen, differenzierten Post, den der Soester Anzeiger unter Verletzung meines Urheberrechtes in einen reißerischen Artikel verwandelt und mir dabei zahlreiche falsche Zitate in den Mund gelegt hatte.

In einem weiteren Post unter dem inkriminierten Artikel beschwerte ich mich: "Bedauerlicher

Weise legt der Soester Anzeiger mit immer wieder Formulierungen in den Mund, die nicht meinem Sprachduktus entsprechen." Und fügte den ursprünglichen Post, aus dem der Artikel unseriös abgeleitet war, noch einmal an.

Es war also öffentlich - und damit auch dem Bürgermeister und dem Aufsichtsrat bekannt - dass der unangemessene Umgangston, den mir die (Aufsichts)Ratsmitglieder unterstellten, tatsächlich die reißerische und proletenhafte Sprachdiktation war, die der Redakteur des Soester Anzeigers mir in den Mund gelegt hatte. Weder der Inhalt, noch der Tonfall des ursprünglichen Posts, aus dem der inkriminierte Artikel abgeleitet war, wurde vom Aufsichtsrat kritisiert. Und trotzdem wurde der daraus unseriös abgeleitete Zeitungsartikel im Rahmen der Nichtwiederwahlkampagne prominent gegen mich eingesetzt als einziger Beleg dafür, dass mein Umgangston mit Unternehmen und Institutionen unangemessen sei.

Lüge 3: angeblich schlechte Mitarbeiter*innenführung

In den letzten Tagen/ Wochen vor dem Termin zu meiner Wiederwahl waren plötzlich überall Gerüchte darüber aufgepoppt, dass ich meine Mitarbeiter*innen vermeintlich schlecht behandelt hätte. Viele Aufsichtsrat- und Ratsmitglieder führten diese Gerüchte als Grund an, warum sie mich nicht wiederwählen wollten, enthielten mir deren Inhalt aber - angeblich zum Schutz der Mitarbeiter*innen - vor, weshalb ich mich dagegen nicht wehren konnte.

Diese Gerüchte lösten sich nach meiner Nichtwiederwahl schnell öffentlich in Luft auf:

„Überrascht war ich sicher bei einigen Gesprächen mit einzelnen Mitarbeitern über deren Befindlichkeiten. Das hatte ich aus der Entfernung anders vermutet,“

so der Kämmerer in seinem großen Antrittsinterview als mein Nachfolger.

Er hat also schnell herausgefunden, dass ich meine Mitarbeiter*innen nicht schlecht behandelt hatte.

Bemerkenswert ist, dass der Kämmerer, ein Vertrauter des Bürgermeisters und wohl deshalb von Beginn an ein selbst erklärter Gegner von mir, seine Erkenntnis, dass es keine schlechte Mitarbeiter*innenbehandlung gegeben hatte, freiwillig und ungefragt sogar in die Presse getragen hat. Einen glaubhafteren Kronzeugen könnte ich nicht haben!



In einem Interview [Wir I\(i\)eben bunt](#) erläutert der Essener CDU-Bürgermeister Thomas Kufen, dass er "Diversity" zur Chefsache gemacht habe, weil er der Überzeugung sei, dass eine Kultur der Vielfalt ein Pluspunkt im Kampf um Einwohner*innen und Mitarbeiter*innen ist.

Ganz anders in Soest: "Soest ist und bleibt ein beschauliches Städtchen. Seine eingewachsenen BürgerInnen und Bürger tun sich schwer mit Menschen, die aus den tradierten und verankerten Rollenbildern fallen. [...] Erfolgreiche, lesbische, feministische Frauen fallen aus diesen Rollenbildern und erzeugen damit manchmal Befremden", so ein Ratsmitglied als wir den Umgang mit uns einmal thematisierten.

Meine Äußerung, dass auch Homophobie und Misogynie eine Rolle bei meiner Nichtwiederwahl gespielt haben, habe ich zwar unter dem Druck der in die Öffentlichkeit gelangten Verleumdungen gemacht, diese Äußerungen waren aber trotzdem nicht leichtfertig und gut begründet. Tatsächlich haben über meine gesamte Amtszeit meine Lebensgefährtin und ich auch von (Aufsichts-)Ratsmitgliedern Homophobie in einem Ausmaß erfahren, das wir in den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts nicht mehr für möglich gehalten haben.

Vorausgeschickt sei, dass ich seit 17 Jahren eine Lebensgefährtin habe, die offen an meiner Seite

lebt, d.h. sie lebt mit mir in einem Haushalt und begleitet mich zu Veranstaltungen, sie ist also genauso sichtbar wie bei anderen Politiker*innen Ehefrauen/-männer bzw. Lebensgefährt*innen – nicht mehr, aber auch nicht weniger sichtbar.

Meine Lebensgefährtin Claudia Nassibulin ist trotz ihres Nachnamens Deutsche ohne Migrationshintergrund. Sie ist Rechtsanwältin, hat ihr zweites juristisches Staatsexamen als Zweitbeste in Bayern absolviert, hat einen internationalen MBA und eine Zusatzausbildung als Wirtschaftsmediatorin. Sie hat international gearbeitet und mehrere M&A-Transaktionen im 9-stelligen €- bzw. \$-Bereich begleitet.

Während mich das Amt zunächst noch halbwegs schützte, musste meine Lebensgefährtin den Großteil dieser Homophobie tragen. Vor allem wurde versucht, sie unsichtbar zu machen.

Dabei wurde meine Lebensgefährtin von vielen Soester Kommunalpolitiker*innen entweder nicht oder erkennbar widerwillig begrüßt, sie drehten sich weg, taten, als ob sie uns nicht gesehen hatten, vermieden den Handschlag und wenn sie ihn nicht vermeiden konnten, verweigerten sie den Augenkontakt. Von Gastgebern wurde meine Lebensgefährtin als meine „Begleitung“, „Mitsprecherin“ etc. vorgestellt, obwohl ich sie zuvor unmissverständlich als meine Lebensgefährtin eingeführt hatte.

Ohne meine Lebensgefährtin zu kennen, wurde auch immer wieder behauptet, dass sie die männliche Rolle in unserer Beziehung innehatte und dies mit der „Angst“ verbunden, dass sie deshalb die heimliche Geschäftsführerin der WMS sei. Einmal abgesehen davon, dass diese Rollenzuschreibungen in Mann und Frau in homosexuellen Beziehungen Vorurteile von vorgestern sind, einmal abgesehen davon, dass nicht einmal mehr heterosexuelle Beziehungen noch in solchen Rollenbildern funktionieren, wurde zum einen meiner Lebensgefährtin ihre weibliche Identität und zum anderen mir – als dem vermeintlich weiblichen Part - die Fähigkeit zur Geschäftsführung abgesprochen.

Meine Lebensgefährtin musste sich sogar anhören, dass sie leider ein zu breites, slawisches

Gesicht habe und andere Ratsmitglieder das noch strenger beurteilten. So entstand bei meiner Lebensgefährtin der Eindruck, dass es eine inoffizielle Prüfung zur Aufnahme in die sog. Soester Stadtgesellschaft gegeben haben musste, die sie nicht bestanden hatte, weil ihre Gesichtszüge nicht deutsch, nicht arisch genug sind. Ohne sich nach den Fakten erkundigt zu haben - Nachname und Gesichtszüge sind nicht slawisch, wurde mit dem Wort „slawisch“ gerade ein Begriff gewählt, der in der deutschen Geschichte so ungut mit dem Begriff des Untermenschen verbunden ist und damit eine Assoziationskette von Minderwertigkeit eröffnet.

Und das alles ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges, nur das, was uns ganz unbefangen gegenüber direkt geäußert wurde, wir mögen uns nicht vorstellen, was hinter unserem Rücken geredet wurde und wie wir noch heute verleumdet werden.

Insbesondere der Bürgermeister setzte den „Ton“ für den Umgang der Soester Politik mit mir und meiner Lebensgefährtin. Als ich ihm meine Lebensgefährtin auf einem Stadtfest erstmals vorstellte, drehte er ihr flagrant den Rücken zu, auf einem anderen Stadtfest begrüßte er ostentativ zufällig vorbeilaufende Passanten, meine Lebensgefährtin aber nicht und er brachte es über meine gesamte Amtszeit hinweg nicht ein einziges Mal über sich, Smalltalk mit meiner Lebensgefährtin zu machen, nicht einmal bei Mittagessen, bei denen man sich direkt gegenüber saß.

Ein Ratsmitglied sagte mir kurz vor der Niewiederwahl, dass es ihr das Herz gebrochen habe, wenn sie gesehen habe, wie bei öffentlichen Veranstaltungen mit uns umgegangen worden sei, sie schäme sich für ihre Ratskollegen und -kolleginnen. SPD-Aufsichtsratsmitglieder rechtfertigten, dass sie mich nicht wiederwählten, damit, dass sie mich nur so schützen könnten, „sonst würde man mich kaputt machen“. Reihenweise wurde mir berichtet, dass die einzige andere Frau in einer Führungsposition in der mehr als 20jährigen Amtszeit des Bürgermeisters durch Mobbing zum Verzicht auf ihre Niewiederwahl gedrängt worden war. Und ein langjähriger, wohlwollender Wegbegleiter des Bürgermeisters, ein konservativer Mann sagte mir, dass er keinen Zweifel daran habe, dass

meine Nichtwiederwahl darin begründet sei, dass der Bürgermeister mit Frauen in Führungspositionen nicht umgehen könne und/ oder wolle. Wörtlich sagte er: „Er hat da leider eine Macke.“

Abschließend bleibt festzuhalten: Der Bürgermeister und ggf. weitere (Aufsichts)Ratsmitglieder logen planvoll und zielgerichtet, um mich, eine offen lesbisch lebende Frau trotz meiner herausragenden Leistungen aus dem Amt zu drängen.

Headhunter spiegeln mir, dass sich diese Verleumdungen weiter fortsetzen. Um dem etwas entgegen zu setzen, habe ich dies hier so ausführlich geschildert.